

# Abfuhr für Initiative der Grünen

Die kantonale Klimaschutzinitiative hatte an der Urne keine Chance. Knapp 68 Prozent legten ein Nein ein. Energiedirektor Stephan Attiger freuts.

Eva Berger

Nur gerade in Aarau und in Ennetbaden hat die Bevölkerung zur kantonalen Klimaschutzinitiative Ja gesagt, in allen anderen Gemeinden fiel sie durch. Selbst Baden, das häufig etwas linker stimmt als der Kantonsdurchschnitt, erteilte dem Volksbegehren der Grünen eine Abfuhr. Insgesamt legten 67,9 Prozent der Stimmdenden ein Nein in die Urne. Das ist überdeutlich. Und es ist im Sinne des Regierungsrats, dieser hatte ein Nein empfohlen.

Überrascht habe ihn das Ergebnis nicht, sagte Energiedirektor Stephan Attiger an einer Medienorientierung. Die Diskussion im Grossen Rat, der ebenfalls ein Nein empfahl, sowie die Parteienstärken im Kanton hätten die Zurückweisung erwarten lassen. Dass die Aargauerinnen und Aargauer gleichzeitig Ja zum nationalen Energiegesetz gesagt haben, zeige aber, dass sie sich mit der Vorlage durchaus auseinandergesetzt hätten. «Es ist kein unüberlegter Entscheid, man hat bewusst abgestimmt.»

## Kantonal abgelehnt, national befürwortet

Tatsächlich haben die Aargauerinnen und Aargauer das nationale Klimagesetz mit 52,1 Prozent der Stimmen befürwortet. Am deutlichsten wurde es im Bezirk Aarau angenommen (59,5 Prozent). Zugestimmt haben auch Baden, Brugg und Rheinfelden. Am schwersten hatte es die Vorlage im Bezirk Kulm, mit nur 38,4 Prozent Zustimmung, im Bezirk Zurzach wollten nur 45,5 Prozent etwas vom Gesetz wissen.

Die kantonale Initiative hingegen hatte in keinem einzigen Bezirk eine

Chance und über die 40-Prozent-Marke schaffte sie es nirgends. Das beste Resultat erzielte sie im Bezirk Aarau mit 39,3 Prozent, im Bezirk Baden reichte es für 36,1 Prozent. In Kulm befürwortete mit 24,1 Prozent nicht einmal ein Viertel der Stimmdenden das Volksbegehren, in Muri waren es 26,1 Prozent, in Zurzach knapp 27 Prozent.

Die Unterschiede zwischen kantonalen und nationaler Vorlage, die beide Fördergelder für energetische Massnahmen forderten, erklärt Attiger mit der Ausgestaltung. Während das Bundesgesetz klare, konkrete Fördermassnahmen und Unterstützung für Innovationen vorsehe, habe das bei der kantonalen Initiative teilweise gefehlt. Dass jährlich drei Prozent der Gebäude energetisch saniert werden müssten, wäre in der Umsetzung schwierig gewesen. «Diese Daten fehlen uns, wir wissen gar nicht, wo wir genau stehen», so Attiger. Er sei aber froh über die Annahme des eidgenössischen Gesetzes, «wir fühlen uns in unserem Weg bestätigt».

Im Gegensatz zum nationalen Gesetz hatte es die kantonale Klimaschutzinitiative auch bei den Parteien schwer. Lanciert wurde sie von den Grünen, unterstützt haben sie die SP und die EVP. Alle anderen Grossratsparteien waren dagegen, auch die GLP hat die Nein-Parole beschlossen. Die aktuelle Blockade der kantonalen Energiepolitik hätte mit einem Ja endlich ein Ende gefunden, schreibt das Initiativkomitee in einer Medienmitteilung. Wie Attiger verweist auch das Komitee auf die Parteienstärken – die unterstützenden Grünen, SP und EVP kämen zusammen auf einen Anteil von 31 Prozent. «Die übrigen Mitte-Parteien ha-

ben uns die Unterstützung verweigert.» Dafür werde man die neu im Gewerbe gefundenen Partnerschaften weiter pflegen. Drei kantonale Verbände des Baugewerbes hatten die Ja-Parole gefasst. Die Mitte Aargau sei froh, dass die utopische Forderung nach Aufstockung der Fördergelder klar abgelehnt worden ist, schreibt diese in einer Medienmitteilung. Die Annahme hätte dazu geführt, «dass noch mehr Handwerker aus dem Ausland rekrutiert werden müssen, um die Häuser zu sanieren», lässt sich Grossrat Ralf Bucher zitieren.

Die meisten anderen Parteien hielten sich zur Klimaschutzinitiative nach der Abstimmung zurück. Da sei alles klar und es gebe es nicht viel zu kommentieren, sagte auch Energiedirektor Attiger. Und die GLP? Diese verzichtete am Sonntag auf einen Kommentar in ihrer Medienmitteilung. Die Annahme des nationalen Gesetzes freue sie aber, liess sie verlauten, und: «Der Kanton Aargau ist nun gefordert, zeitnah ein griffiges Energiegesetz zu erarbeiten, um die Ziele erreichen zu können.»

## Energiegesetz demnächst im Grossen Rat

Das ist auch im Sinne Attigers. Das Energiegesetz war vor einem Jahr in der Vernehmlassung. Man habe bewusst Abstimmungen an der Urne und im nationalen Parlament abgewartet, bevor die Vorlage wieder in den Grossen Rat kommt. So könne man unter neusten Voraussetzungen debattieren. Er sei daher froh über die Annahme des nationalen Gesetzes, so Attiger. «Das Resultat zeigt den Handlungsbedarf auf.» Ob das neue Energiegesetz aber mehrheitsfähig ist, ist fraglich – es war schon in der Anhörung heftig umstritten.



## «Klimakrise kann man nicht

Die Gegner hätten den Leuten Sand in die Augen gestreut,

Eva Berger

### Fast 67 Prozent der Aargauerinnen und Aargauer haben die Klimaschutzinitiative abgelehnt. Wie ordnen Sie dieses Ergebnis ein?

Es ist enttäuschend. Wenn man weiss, wie der Aargau in der Energiepolitik tickt, ist das Resultat aber auch logisch.

### Der Aargau hat zum letzten Energiegesetz Nein gesagt, jetzt auch zur Klimaschutzinitiative. Kann man hier einfach keine Vorlagen für Klimaschutz durchbringen?

Es ist offensichtlich schwierig. Das Zurückstecken ist ja, dass die Realität eine andere ist, als die Mehrheit des Kantons wahrhaben will. Fakt ist, wir haben eine Klimakrise. Diese kann man nicht an der Urne wegstimmen.

### Das nationale Gesetz und die kan-



Robert Obrist, Initiativ-Komitee, Grossrat Grüne. Bild: Alex Spichale

### tonale Initiative wollten beide Subventionen, das nationale Gesetz kam auch im Aargau durch. War mit der Initiative das Fuder überladen?

Das kann sein. Wir wählten die Strate-

## 50,1 Prozent Nein: Ombudsstelle wird ganz knapp abgelehnt

Innendirektor Dieter Egli und das Ja-Komitee sind enttäuscht, die Gegner freuen sich über das Nein zum teuren «Verwaltungstiger».

Fabian Högler

«Seit dem Jahr 1982 sieht die Kantonsverfassung vor, dass im Aargau eine Ombudsstelle geschaffen werden kann», sagte Regierungsrat Dieter Egli am Sonntagnachmittag vor den Medien. Seither gab es mehrere Vorstösse, doch auch der letzte ist gescheitert: Äusserst knapp, mit einem Nein-Anteil von 50,1 Prozent, hat die Aargauer Stimmbewölkerung die Vorlage abgelehnt. 83 547 Nein zu 83 180 Ja lautete das Ergebnis, die Differenz beträgt lediglich 367 Stimmen.

Egli sagte, er sei enttäuscht, dass es so knapp nicht gereicht habe, «denn eine Ombudsstelle hätte den Dialog auf Augenhöhe zwischen der Bevölkerung und der Verwaltung ermöglicht». Es gebe zwar Rekurs- und Beschwer-

derechte, räumte der Innendirektor ein, doch die Ombudsstelle hätte eine andere Möglichkeit geboten. Sie wäre laut Egli gut gewesen, um Konflikte oder Unverständnis der Bevölkerung aufzufangen und das Verständnis für die Verwaltung zu fördern.

### Ja-Komitee: Forderung wird erneut aufkommen

«Wenn sich Bürger an Departemente wenden, ist man immer Partei, hier hätte man eine unabhängige Stelle schaffen können», sagte Egli. Vielleicht hätten die Gegner zu wenig berücksichtigt, dass teure Gerichtsverfahren verhindert werden könnten. Dies müsse man gegen die Kosten der Ombudsstelle aufwiegen. Egli sagte, die Befürworter hätten die positiven Aspekte wohl stärker herausstreichen können – «andere

Kantone und Städte machen sehr gute Erfahrungen mit Ombudsstellen».

Enttäuschung herrscht auch beim breit abgestützten Ja-Komitee mit Vertretungen von SP, Grünen, GLP, EVP und Mitte. Man bedaure den denkbar knappen Entscheid der Stimmbewölkerung – für ein Ja hätten nur 184 Aargauerinnen und Aargauer anders stimmen müssen. Die Verfassungsbestimmung, welche die Schaffung einer kantonalen Ombudsstelle vorsieht, werde leider nicht mit Leben gefüllt.

Die verfassungsrechtliche Grundlage bleibe jedoch bestehen und es sei zu erwarten, dass es in einigen Jahren erneut politische Vorstösse mit der Forderung nach einer Ombudsstelle geben werde. Die positiven Erfahrungen in Kantonen mit einer solchen Ombudsstelle zeigen laut dem Komitee, «wie

wichtig dieses Institut für den Abbau von Hürden zwischen Bevölkerung und Verwaltung wäre».

### «Verwaltungstiger» bleibt im Käfig: Die Gegner freuen sich

Gegen die Ombudsstelle hatte ein rechtsbürgerliches Komitee aus FDP, SVP und Gewerbeverband gekämpft. Die Gegner sprachen von einem teuren und zahnlosen Verwaltungstiger, der bürokratischen Aufwand verursache und wenig Nutzen bringe. Die Ombudsstelle hätte «Fixkosten von über 700 000 Franken pro Jahr ausgelöst, ohne sichtbaren Mehrwert für die Bevölkerung», schreibt die FDP nun in einer Mitteilung.

Die Freisinnigen ergriffen im Grossen Rat das Behördenreferendum, nachdem eine knappe Mehrheit des

Parlaments die Ombudsstelle unterstützt hatte. Schon bei den Abstimmungen dort war klar geworden, dass die Vorlage umstritten ist: Die Schaffung der Ombudsstelle wurde im Grossen Rat zwar mit 73 zu 66 Stimmen gutgeheissen, dem Referendum stimmten jedoch auch 72 Ratsmitglieder zu – mehr als die Hälfte des Parlaments.

Nun entschied das Stimmvolk äusserst knapp gegen die Ombudsstelle, was laut FDP dazu führt, «dass eine unnötige Verkomplizierung der Prozesse und Verschwendung der Steuergelder verhindert werden konnte». Der zahnlose Verwaltungstiger bleibe damit im Käfig, und das sei auch gut so, schreiben die Freisinnigen: «Die direkte, bürgernahe Demokratie funktioniert und braucht auch keine weitere Verwaltungsstelle als Vermittlerin»



Nach dem klaren Nein ist das Glas für die Initianten nicht einmal mehr halb voll.  
Bild: Alex Spichale

## an der Urne wegstimmen»

sagt Initiant und Grünen-Grossrat Robert Obrist.

gie «Zweimal Ja zum Klimaschutz», in der Hoffnung, dass wir gerade in den Agglomerationen so mobilisieren können. Das hat aber zu wenig gut funktioniert.

**Wollen die Klimaschützer vielleicht einfach zu viel? Den Willen der Bevölkerung treffen sie offensichtlich nicht.**

Nein, wir wollen bestimmt nicht zu viel. Wenn man sieht, was der Weltklimarat seit 30 Jahren publiziert und wie sich die Politik um diese Resultate foutiert, verstehe ich das als Naturwissenschaftler überhaupt nicht. Man muss diese Warnungen erst nehmen, das ist unsere Motivation, weiterzukämpfen. Es geht vor allem um die kommenden Generationen.

**Was ist der nächste Ansatz für eine Klimaschutzvorlage?**

Ich weiss es nicht, aber wir bleiben dran. Beim Frauenstimmrecht hat es auch lange gedauert, bis die Bemühungen fruchteten. Der Unterschied ist einfach, dass uns die Zeit davonläuft. Die Gegner haben den Leuten mit dem Kosten-Argument Sand in die Augen gestreut. Dabei wird es teurer, je länger wir warten.

**Braucht es eben doch Verbote, wenn es mit Anreizen nicht geht?**  
Die gesamtschweizerische Entwicklung wird sich zeigen. Auf kantonaler Ebene haben wir bereits gesagt, dass es für den Einbau von fossilen Heizungen eigentlich ein Verbot bräuchte, ja.

**Wie realistisch ist das im Aargau?**  
Wir haben bereits im Parlament gesehen, dass wir es nicht durchbringen. Auch in der Bevölkerung hätte es ein Verbot im Aargau schwer.



Mit dem Bild des «Verwaltungstigers» auf dem Plakat vorne rechts, hier beim Kampagnenstart, bekämpften die Gegner die Ombudsstelle.  
Bild: Fabio Baranzini

## S-Bahn-Ausbau: Nicht einmal alle Fricktaler Gemeinden dafür

Eine knappe Mehrheit will keinen Halbstundentakt zwischen Laufenburg und Stein – Regierung verspricht flexible Buslösung.

Fabian Hägler

Die S-Bahn zwischen Laufenburg und Stein fährt heute im Stundentakt. Das stiess dem damaligen GLP-Grossrat Roland Agustoni bereits 2017 sauer auf – er forderte den Halbstundentakt. Die Motion wurde 2018 im Grossen Rat klar überwiesen. Bereits in der Anhörung hielt der Regierungsrat aber fest, dass der Bahnausbau zu teuer sei, zumal die Strecke nur von rund 1300 Pendlern pro Tag genutzt werde.

61 Millionen Franken hätte die Verdichtung des S-Bahn-Taktes gekostet, dazu pro Jahr rund 2 Millionen an Betriebsbeiträgen. Das sei zu viel für rund 200 zusätzliche Passagiere, die ein Halbstundentakt bringen würde, argumentierte der Regierungsrat. Er beantragte dem Grossen Rat ein Buskonzept – zumindest so lange, bis die Taktverdichtung der S1 vom Bund im Rahmen eines ordentlichen Ausbaus finanziert wird.

Kurz nach 13 Uhr am Sonntag war klar: Der Halbstundentakt auf der Linie im Rheintal kommt vorerst nicht. 52,45 Prozent der Stimmenden sagten Nein, 47,55 Prozent legten ein Ja ein. Die stärkste Ablehnung gab es in Uerkheim mit 72,8 Prozent Nein, am meisten Zustimmung fand der S-Bahn-Ausbau in Laufenburg mit 79,7 Prozent Ja. Insgesamt ist das Fricktal aber gespalten, wie die Abstimmungsergebnisse zeigen.

Eine hohe Zustimmung gab es neben Laufenburg auch in Stein, das direkt vom Halbstundentakt profitiert. Auch Kaiser-augst, Rheinfelden, Möhlin, Münchwilen, Obermumpf, Magden, Zuzgen, Schupfart und Eiken heissen die Verdichtung gut. Abgelehnt wird der Ausbau im Fricktal hingegen in Sisseln, aber auch in Oeschgen, Frick, Gipf-Oberfrick, Wittnau und Herznach-Ueken.

**Hin und Her endet mit Entscheid für Buskonzept**

Mit dem Nein an der Urne ist der Aargau bei der Frage des S-Bahn-Ausbaus wieder dort, wo er schon zu Beginn der Debatte war. Die vorberatende Kommission des Grossen Rates hatte sich einstimmig für eine Bus-Lösung ausgesprochen, die Forderung nach einer Verdichtung des Bahnangebots erhielt nicht einmal genug Stimmen, damit es für einen offiziellen Minderheitsantrag gereicht hätte.

Dass es im Kantonsparlament dennoch ein Ja gab, ist auf einen Fricktaler Schulterschluss und eine spezielle Konstellation zurückzuführen: Gleich vier Fraktionspräsidenten von Aargauer Gemeinden sind in Fricktaler Hand. Désirée Stutz (SVP, Möhlin), Alfons P. Kaufmann (Mitte, Wallbach), Claudia Rohrer (SP, Rheinfelden) und Colette Basler (SP, Zeihen) sorgten dafür, dass ihre Fraktionen zustimmten.

Dagegen ergriffen die Freisinnigen im Grossen Rat das so-



Es bleibt vorerst beim Stundentakt: Das Zugangebot zwischen Laufenburg und Stein wird nicht verdichtet.  
Bild: Andrea Worthmann

genannte Behördenreferendum – das Kantonsparlament beschloss, dass die Bevölkerung das letzte Wort haben sollte. Den entsprechenden Antrag stellte FDP-Grossrat Stefan Huwyler – heute sagt er: «Ich freue mich über das Resultat, aber es ist keine Schadenfreude, dass das Fricktal die S-Bahn-Verdichtung nicht erhält oder dass ein ÖV-Ausbau abgelehnt wurde.»

Es sei Freude darüber, dass die Stimmbevölkerung gemerkt habe, «dass die Kosten für ein einziges isoliertes Projekt zu hoch und der Nutzen dafür zu niedrig ist», sagt Huwyler. Für ihn sei es wichtig, bei ÖV-Projekten im Rahmen des Gesamtsystems und für den ganzen Kanton zu denken, nur dann gebe es optimale Lösungen.

**Attiger verspricht gute Bus-Erschliessung**

Dass nicht einmal alle Fricktaler Gemeinden für den S-Bahn-Ausbau stimmten, hat Huwyler überrascht. «Ich hätte im Vorfeld nicht erwartet, dass es so viele Nein-Stimmen gibt im Fricktal, allerdings gab es zuletzt Exponenten aus der Region, die sich dagegen aussprachen.» Diese hätten wohl gemerkt, dass das Projekt ihnen insgesamt nicht so viel bringe, wie sich die Befürworter erhofft haben.

**«Die Kosten für dieses isolierte Projekt wären zu hoch und der Nutzen zu niedrig gewesen.»**

Stefan Huwyler  
FDP-Grossrat

Verkehrsdirektor Stephan Attiger, ein Parteikollege von Huwyler, sagte an einer Medienkonferenz am Sonntagnachmittag: «Der Regierungsrat nimmt das Resultat erfreut zur Kenntnis.» Das heisse aber nicht, dass ein Ausbau des ÖV-Angebots nicht nötig sei, «das ist auch geplant mit einer neuen Buslinie und einem Schnellbus». Attiger hielt weiter fest, der Kanton werde die Erschliessung des Sisslerfelds, wo Tausende von Arbeitsplätzen entstehen sollen, je nach Entwicklung situativ ergänzen. Dass die Standortgemeinde Sisseln die Vorlage ablehnte, könnte seinen Grund darin haben, dass der Halbstundentakt der S-Bahn für die Feinerschliessung nichts gebracht hätte.

**Befürworter vermissen Solidarität im Kanton**

GLP-Grossrätin Béa Bieber weist darauf hin, dass 2018 alle Gemeinden aus den beiden Fricktaler Bezirken Laufenburg und Rheinfelden geschlossen diesen Halbstundentakt der Bahn gefordert hätten. «Diese Forderung hat das Aargauer Stimmvolk heute leider nicht genug ernst genommen», bedauert Bieber. «Damit verpassen wir eine wichtige Chance, um den ÖV im Fricktal bedarfsgerecht und wirkungsorientiert auszubauen.»

Roland Agustoni, alt Grossrat der GLP, ist enttäuscht über das Nein zu seinem Anliegen: «Ich bedaure, dass die Solidarität, das wirtschaftliche Verständnis und das Bedürfnis zweier Bezirke im Kanton nicht zum Tragen gekommen sind.» Beide äussern sich in der Mitteilung nicht zur Tatsache, dass mehrere Fricktaler Gemeinden die Vorlage ablehnten.

Auch Mitte-Fraktionschef Alfons P. Kaufmann aus Wallbach bedauert das Nein zum S-Bahn-Ausbau. «Das Fricktal wird deshalb weiterhin unter verstopften Strassen leiden», prophezeit er. Und für Kaufmann ist klar: «Nun ist die Politik in der Verantwortung, neue Wege zu suchen, um im Sisslerfeld neu angesiedelten Unternehmen möglichst gute und umweltfreundliche Verkehrsbedingungen bieten zu können.»